



Roland Berger
22. November 1937. Unternehmensberater. Geboren in Berlin. BWL-Studium in München und Hamburg. Als Unternehmensberater in Boston und Mailand tätig. 1967 Gründung der eigenen Firma Roland Berger & Partner mit Büros in Europa, Amerika und Asien. Roland Berger Strategy Consultants ist heute die sechstgrößte Beratungsfirma der Welt. Mitglied verschiedener Aufsichtsräte und berufsständischer Organisationen.

Roland Berger

*Geschäftsführender Partner Roland Berger & Partner GmbH
International Management Consultants*

„Die Zukunftsfähigkeit des Modells Europa“

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Das „Modell Europa“ hat ein halbes Jahrhundert unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft geprägt. Seine Zukunftsfähigkeit aber steht in der Diskussion – weltweit und in Europa:

Viele sagen, das „Modell Europa“ befinde sich in einer tiefen strukturellen Krise. Andere sagen gar, es sei überholt und am Ende. Wiederum andere glauben an die Chance, das „Modell Europa“ als so genannten „dritten Weg“ zwischen dem derzeit so erfolgreichen amerikanischen und dem anscheinend abgewirtschafteten Modell Japan wiederzubeleben.

Wie dem auch sei: Für uns Europäer lohnt allemal die Mühe, sich mit einem gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Modell zu beschäftigen, das Leitlinie und Rahmenbedingung unserer Vergangenheit war, unserer Gegenwart ist und unserer Zukunft noch sein könnte.

1. Das „Modell Europa“ im Wandel der Zeiten

In der Tat war der Wiederaufstieg Europas aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs über mehr als drei Jahrzehnte hinweg Gegenstand weltweiter Bewunderung. Schlagworte wie das vom „Wirtschaftswunder“ stehen dafür.

Hier in Europa gelang es scheinbar ohne große Mühe, zwei Phänomene zusammenzubringen, die bis dahin als unvereinbar galten:

- Auf der einen Seite marktwirtschaftlich induziert hohes Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum sowie steigenden Wohlstand für alle.
- Auf der anderen Seite sozialstaatsinduziert geringe Disparitäten in Einkommen und Vermögen sowie gesellschaftliche Solidarität mit den Bedürftigen durch ein sicheres soziales Netz.

Dies alles bei einem breiten gesellschaftlichen Konsens und bei einem hohen Maß an individueller Freiheit und Verantwortung.

Die Bewunderung für das gut funktionierende europäische Modell hielt sich bis Anfang der 80er Jahre.

Im Jahrzehnt davor aber hatte schon der Aufstieg Japans zur Wirtschaftsweltmacht begonnen. Das Land wurde zum stärksten und erfolgreichsten Wettbewerber Europas wie Amerikas. Das „Modell Japan“ schien das „Modell Europa“ als Vorbild abzulösen – zunächst in den USA, aber nach und nach auch in Europa. Denn schon in den 70er Jahren war das so genannte „Angelsächsische Modell“ in die Krise geraten: Großbritannien erstickte an Staatsinterventionismus, Gewerkschaftsmacht, Wohlfahrtsstaat und untragbaren Steuer- und Abgabenlasten. Und in den USA verlor die Industrie ihre Wettbewerbsfähigkeit, der Staat durch Inflations- und Haushaltsdefizite und den Vietnam-Krieg seine Glaubwürdigkeit. Die amerikanische Gesellschaft geriet in eine Identitätskrise.

In den 80er Jahren trat im Nebeneinander der drei Modelle folgende Situation ein:

Das Modell Japan strebte seinem Höhepunkt zu. Die Spekulationsblase platzte am Ende des letzten Jahrzehnts.

Die angelsächsisch orientierten Länder unterzogen sich mit Erfolg einer wahren Rosskur an Reformen und brachen mit allen lieb gewordenen Besitzständen. Die Namen Reagan und Thatcher stehen für diese Periode.

Und in Europa wuchs der Zweifel an der eigenen Leistungsfähigkeit. Die Debatte um den „Standort Europa“ begann.

Die 80er Jahre waren in Europa aber weiterhin von noch wachsendem Wohlstand und ausgeprägtem sozialem Konsens, allerdings auch von hoher Selbstgefälligkeit geprägt. Dies alles, bis sich 1990 die Welt ändern sollte.

2. Die Veränderung der Welt seit 1990

Fünf große Ereignisse und Entwicklungen haben seit Anfang der 90er Jahre die Welt verändert und werden sie weiter revolutionieren:

Da ist zunächst zwischen 1989 und 1991 der Fall der Mauer und der Zusammenbruch des Kommunismus sowjetischer Prägung. Dies war das Ende des Kalten Krieges. Damals schien das auch der endgültige Sieg der Marktwirtschaft zu sein. Heute wird hinterfragt: Gilt dies immer noch – nach der Asien-, Russland-, Südamerikakrise, nach dem Einbruch an den Weltfinanz- und Kapitalmärkten, nach aufgetretenen sozialen Spannungen von nie gekannter Dimension?

Der zweite Trend heißt Globalisierung.

Er ist tatsächlich erst etwa ein Jahrzehnt alt. Seitdem sind drei Milliarden Menschen zusätzlich aus Mittel- und Osteuropa, aus China, Indien und Südamerika zu aktiven Teilnehmern und damit Wettbewerbern auf den Weltmärkten geworden. Der Welthandel verdoppelte sich in den 90er Jahren. Die ausländischen Direktinvestitionen stiegen auf das Vierfache. Die Volumina auf den Geld- und Kapitalmärkten verfünffachten sich. Die Welt erreichte eine neue qualitative und quantitative Dimension der ökonomischen Integration. Was zunächst den Wohlstand mehrte, wurde – weil es Wettbewerb und Wandel forderte – bald zum Unwort. Populäre Bücher tragen Titel wie „Die Globalisierungsfalle“ oder „Der Terror der Ökonomie“. Die Diskussion dreht sich um Begriffe wie „Diktat der Weltwirtschaft“ und „Casino-Kapitalismus“. Die Mehrzahl der Europäer steht der Globalisierung heute verhalten bis ablehnend gegenüber.

Eine dritte Entwicklung ist eine zuvor nicht gekannte Dynamik des technologischen Wandels, insbesondere durch die Informationstechnologien. Die Veränderungsgeschwindigkeit hat sich so beschleunigt, dass sie in fast monatlichem Fortschrittsrhythmus unsere Arbeits- und Lebenswelt verändert: Produktivität, Arbeitsinhalte, globaler Informations- und Know-how-Austausch, Finanzmärkte, Schulen und Konsum, ja auch Politik und Gesellschaft.

Dies beschleunigt einen vierten Trend, den Strukturwandel von der traditionellen Industriegesellschaft zur modernen Wissens-, Informations- und Dienstleistungsgesellschaft. Kurt Biedenkopf hat das als „säkularen Wandel“ bezeichnet.

Vorreiter dieses Strukturwandels waren einmal mehr die USA. Europa hinkt nach. Natürlich ist dieser Wandel zur Wissensgesellschaft ein Segen. Er schafft eine neue Dimension des Wohlstands und zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten in einer arbeitsintensiveren Wirtschaftsform. Ein Indikator: In den USA, der einzigen heute existierenden „knowledge economy“, entstehen zusätzliche Arbeitsplätze schon bei einem Wachstum der Wirtschaft von 0,6 Prozent p.a. Wir in Europa brauchen das Vierfache, also ein Wachstum von 2,4 Prozent p.a., damit neue Arbeitsplätze entstehen. So gibt es in Europa derzeit, was es immer gibt, wenn die Welt sich ändert: Gewinner und Verlierer und damit Unbehagen.

Als fünfte wesentliche Veränderung erfahren wir in Europa einen Wandel der gesellschaftlichen Werte und Verhaltensweisen: Individualisierung heißt das Schlagwort. Die Bindungen an die Gemeinschaft und ihre Institutionen werden lockerer. Der Einzelne versucht, sich in hedonistischer Selbstverliebtheit als Individuum zu optimieren. Seine Vorsorge für die Zukunft – für seine Rente, für Schicksalsschläge wie Arbeitslosigkeit, Krankheit und Pflege – hat er längst an der Garderobe des Staates abgegeben. Und Staat wie Politiker haben ihm diese Sorge nur allzu bereitwillig abgenommen. Denn die Verfügbarkeit von Geld und die Macht, diese Mittel umzuverteilen, mehren ihren Einfluss.

So sind in einem 50-jährigen Prozess aus der Bereitschaft, Verantwortung für sich selbst und andere zu übernehmen, Besitzstandswahrung und Selbstbedienungsmentalität geworden.

Ist dies Schuld des egoistischen Bürgers? Oder der Politiker und Ideologen, die ihn irregeleitet haben?

3. Der verunsicherte und „bedrohte“ Bürger

Wie aber reagieren die Bürger hierzulande auf diese fünf Entwicklungen? Leider eher verunsichert und abwehrend:

Vom Sieg der Marktwirtschaft scheint wenig übrig geblieben. Die Globalisierung erscheint heute der Mehrheit der Menschen in Europa als Bedrohung. Gerade eine knappe Hälfte bejaht den technologischen Fortschritt. Die Mehrheit fühlt sich durch den Strukturwandel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft in ihren Besitzständen bedroht – und de facto ist sie es auch.

Ebenso ist eine Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr (oder noch nicht) bereit, ihre Eigenverantwortung vom Staat wieder zurückzufordern und soziale Besitzstände aufzugeben.

Gleichzeitig spürt jeder, dass dieses Festhalten an Vergangenen doch Selbstbetrug sein könnte. Die Leistungsfähigkeit des Europäischen Modells – sowohl bei Wachstum wie in der sozialen Dimension – gerät in Zweifel.

Der Blick in die Welt von heute zeigt: Das japanische Modell scheint gescheitert. Siegreich, weil erfolgreich, dagegen das amerikanische Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell. Mit europäischen Augen betrachtet gibt es jedoch ein „Aber“: Die dortige postindustrielle Wissensgesellschaft ist zwar wachstums- und beschäftigungsstark. Sie verlangt aber ständige flexible Anpassung und stellt unablässig hohe Anforderungen an Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft des Einzelnen. Genau davor hat man in Europa Angst. Das amerikanische Modell wird als „Turbokapitalismus ohne soziales Netz“ abgelehnt.

4. Die Suche nach dem „dritten Weg“

In Europa beginnt deshalb wieder die Suche nach dem „dritten Weg“. Man versucht, die Wurzeln des Modells Europa offen zu legen in der Hoffnung, so die Lösung für die gegenwärtigen Probleme zu finden.

Gleichzeitig wird Europa sozialdemokratisch. Zum ersten Mal seit 1929 sind die drei größten europäischen Nationen zugleich links regiert. In weiteren zehn EU-Mitgliedstaaten stellen linke Parteien den Regierungschef oder sind an der Regierung beteiligt.

Oskar Lafontaine und Dominique Strauss-Kahn sehen das Heil in internationalen Regulierungen, in staats- und lohninduzierten Nachfrageprogrammen, in einer wachsenden Staatsquote und in der Lockerung stabilitätsbewusster Geldpolitik. Die „Modernisierer“ Gerhard Schröder und Tony Blair setzen eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Peter Mandelson und Bodo Hombach ein. Sie soll den „dritten Weg“ zu einer europäischen „neuen Mitte“ weisen. Wie groß werden wohl ihre Chancen sein?

So oder so: Linke und Rechte sind sich darin einig, dass das Modell Europa bedroht ist oder gar versagt hat. Die Linken machen den weltwirtschaftlichen Strukturwandel für die Bedrohung des Modells Europa verantwortlich. Die Rechten, vor allem die Angelsachsen, verkünden mit Freude das Ende des Modells Europa im globalen Wettbewerb.

Ich denke, beide Einschätzungen sind falsch.

Denn auch ich bin, um es vorwegzunehmen, optimistisch. Ich glaube, wir können die Werte des Modells Europa wiederbeleben. Aber ich bin ebenso sehr davon überzeugt, dass dies nur möglich ist, wenn wir bereit sind, das Modell Europa radikal zu reformieren.

B. Die Kernelemente des Modells Europa

Es ist an der Zeit, zu definieren, was denn dieses „Modell Europa“ überhaupt ist, über das ich hier rede.

Zuvorderst die Feststellung, dass es natürlich ein durchgehendes europäisches Modell nicht gibt, ja nicht einmal ein kontinentaleuropäisches. Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit, Staatsquote, Arbeitsmarktstrukturen, Unternehmensverfassungen, Steuer- und Sozialsysteme, sogar Regierungs- und Wahlverfassung variieren von einem europäischen Land zum anderen. Trotzdem gibt es einen bemerkenswerten „Vorrat an Gemeinsamkeiten“ unter den Kontinentaleuropäern. Sie gründen auf einer gemeinsamen Wertestruktur sowie einer gemeinsamen Gesellschafts- und Wirtschaftsphilosophie.

phie: Diese suchen Dynamik und Effizienz von Markt und Wettbewerb mit einer an Beteiligungsgerechtigkeit und Solidarität orientierten Gesellschaft zu vereinen. Individuelle Freiheit und Verantwortung des Einzelnen behalten dabei ihren hohen Stellenwert. Diese Kombination aus zwei Welten – aus Marktwirtschaft und Kapitalismus einerseits, aus Solidarität und Wohlfahrtsstaat andererseits – fußt auf den folgenden vier Kernelementen:

Erstens, die nicht an Kosten und Marktpreisen, sondern an der Philosophie der Daseinsvorsorge ausgerichtete Bereitstellung von möglichst gleichen Infrastrukturleistungen für alle Bürger. Dazu gehören Ausbildung und Kultur, Gesundheit und Sport, Bahn, Fluglinien und Straßen, Telekommunikation und Fernsehen, Energie- und Wasserversorgung wie auch Müllabfuhr und Abwasserbeseitigung, ja sogar Bankleistungen. In Deutschland halten staatliche Banken – die Sparkassen nämlich – noch fast 50 Prozent des Marktes. Der Staat ist daseinsvorsorgender Unternehmer. Und es gibt auch heute noch keine Privatisierung, die nicht zunächst massive Proteste provoziert.

Das zweite Kernelement heißt soziale Fürsorge, und zwar durch den Staat: gegen Arbeitslosigkeit und Krankheit, für Rente und Pflege. Inzwischen spricht sogar der sozialdemokratische Kanzleramtsminister Deutschlands von einem „Rundum-sorglos-Staat“, der die Bereitschaft zur Eigenverantwortung abtötet. Privatwirtschaftliche Elemente finden heute nur sporadisch Platz im sozialen Netz des europäischen Wohlfahrtsstaates.

Kernelement Nummer drei heißt Umverteilung. Das Modell Europa ist von der Überzeugung geprägt, dass die Verteilung von Einkommen und Vermögen durch den Markt allein nicht gerecht sein kann – speziell am unteren Ende der Einkommenspyramide. Die positive Folge zunächst: In Deutschland und Frankreich sind die obersten Nettoeinkommen lediglich dreimal höher als die untersten – in den USA beträgt die Differenz das 6,5fache. Die negative Konsequenz: Der Staat versteht seine Steuerpolitik primär als „Mittel der Sozialpolitik“ und nicht als Maßnahme zur Geldbeschaffung, so John Hills von der London School of Economics. Daher sind die Steuern so hoch! Ganz in diesem Sinne sagt Oskar Lafontaine zu seiner Steuerreform, sie werde keinen entscheidenden Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit leisten. Sie verfolge in erster Linie das Ziel, ein „höheres Maß an Steuergerechtigkeit“ zu schaffen. Für ihn bedeutet das: „die große Masse der Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen steuerlich zu entlasten“, also Umverteilung von oben nach unten.

Auch das vierte Kernelement des Modells Europa zeigt Misstrauen gegenüber dem Markt: Der Staat greift regulierend in die Märkte ein.

Im positiven Sinne führt dieses Misstrauen zur überwiegend segensreichen Tätigkeit der Kartellbehörden und damit zu Erhalt und Stimulierung des Wettbewerbs.

Im negativen Sinne behindert es Markt und Wettbewerb durch zahlreiche Regulierungen, von der Handwerksordnung über die Ladenöffnungszeiten bis hin zum Miet- und Arbeitsrecht. Vor allem regulierte und monopolistische Arbeitsmärkte sind zum Wesensmerkmal kontinentaleuropäischer Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle geworden. Der dadurch provozierte Verlust an Anpassungsfähigkeit und -geschwindigkeit wird mehrheitlich hingenommen.

Zu Zeiten des Aufstiegs des Modells Europa dominierten bei allen vier Kernelementen noch die Kräfte des Marktes, des Wettbewerbs und der Eigenverantwortung. Rahmenbedingungen und staatliche Regeln sollten das Verhalten der Marktteilnehmer nur indirekt steuern. Im Laufe der letzten 50 Jahre aber wuchsen die Eingriffe des Staates, wurden direkter und gewannen an Gewicht. Europas Staatsquoten stiegen in die Größenordnung von 50 Prozent des Sozialprodukts. Das „Modell Europa,“ geriet in seine heutige existenzielle Krise.

C. Die Krisensymptome des Modells Europa und ihre Ursachen

Welches sind nun die Krisensymptome des Modells Europa, und wo liegen ihre Ursachen?

Zunächst ist mir wichtig, festzustellen, dass das Modell Europa nicht dort

scheitert, wo die meisten dies vermuten. Es scheitert nicht an seiner Fähigkeit, Wohlstand zu schaffen und zu mehren. Im Gegenteil: Das Wirtschaftswachstum der Europäischen Union betrug von 1983 bis 1997 zwei Prozent p. a. gegenüber nur 1,9 p. a. in den USA.

Noch lebt Europa, wie oft behauptet, nicht „über seine Verhältnisse“. Europa produziert einen hohen Leistungsbilanzüberschuss. Europa besitzt ein großes Nettoauslandsvermögen. Beide Indikatoren sind nachhaltig positiv. Daher ist die Behauptung nicht haltbar, Europa müsse gesamthaft seinen Lebensstandard reduzieren, um wettbewerbsfähig zu werden.

Das Modell Europa krankt dagegen in seiner jetzigen Form an zwei anderen gravierenden Krisensymptomen, nämlich einmal an einer hohen Massenarbeitslosigkeit und zum anderen an strukturellen Haushaltsdefiziten und leeren öffentlichen Kassen.

Gestatten Sie mir dazu eine kurze Analyse.

1. Hohe Massenarbeitslosigkeit durch Mangel an Flexibilität

Zunächst zur Massenarbeitslosigkeit.

Noch 1983 lagen die europäischen und amerikanischen Arbeitslosenquoten auf gleicher Höhe, bei 9,5 Prozent. Seither ist die Arbeitslosigkeit in den USA auf 4,5 Prozent gefallen. Das ist praktisch Vollbeschäftigung! Völlig anders dagegen der europäische Durchschnitt: Er ist auf über elf Prozent angestiegen. Diese gegenläufige Entwicklung auf den beiden Kontinenten ist offensichtlich strukturell bedingt, da die Wachstumsraten der Wirtschaft ja in etwa gleich sind.

In den USA sind seit 1983 rund 29 Millionen neue Arbeitsplätze entstanden. Europa hat lediglich ein Viertel davon erreicht, nämlich sieben Millionen. Gleichzeitig aber sind hier drei Millionen Menschen zusätzlich arbeitslos geworden.

Die USA kennen – bis auf zehn Prozent Langzeitarbeitslose – fast ausschließlich die kurze Übergangsarbeitslosigkeit. In Europa dagegen liegt die Langzeitarbeitslosigkeit im Schnitt bei fast 50 Prozent, von 39 Prozent in Frankreich bis 62 Prozent in Italien.

Als Ursache für die Massenarbeitslosigkeit wird häufig der wachsende globale Wettbewerb angeführt. So steht etwa wörtlich in einem Papier der Europäischen Kommission: „The fundamental driver of Europe’s high unemployment is the rise of newly industrialized nations competing with us.“

Die Argumentationskette „zu hohe Kosten, daher mangelnde Wettbewerbsfähigkeit und deshalb hohe Arbeitslosigkeit“ ist aber falsch. Sie wird auch durch permanente Wiederholung nicht richtiger. Wäre sie richtig, so gäbe es einen einfachen Ausweg: Runter mit unseren Löhnen auf das Niveau der Schwellenländer. Dieser Verzicht auf Lebensstandard ist aber Unsinn und auch nicht notwendig.

Die Globalisierung hat mit Sicherheit wesentliche Auswirkungen auf einzelne Unternehmen und deren Beschäftigung. Aber ob sie auf makroökonomischer Ebene zu einer Krise der Wettbewerbsfähigkeit mit der Folge sinkenden Lebensstandards und wachsender Arbeitslosigkeit führt, ist mehr als zweifelhaft. Dies aus drei Gründen:

Zum einen ist das Konzept einer langfristigen außenwirtschaftlichen Krise der Wettbewerbsfähigkeit einer Nation in hohem Maße theoretisch, solange die Wechselkurse frei floaten können.

Zum zweiten zeigen die Fakten, dass Europa ein Problem mit Sicherheit nicht hat, nämlich das der internationalen Wettbewerbsfähigkeit seiner Wirtschaft. Deutschland, Frankreich, Italien, alle diese Länder erwirtschaften hohe Handelsbilanzüberschüsse. Die Produktivitätssteigerungen der deutschen Exportindustrie während der letzten vier Jahre sind außergewöhnlich. Das Gleiche gilt für Frankreich.

Drittens, und das ist der wesentliche Punkt: Warum sind die USA, Großbritannien, Irland oder die Niederlande so erfolgreich bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze? Sie sind es nicht aufgrund wachsender globaler Wettbewerbsfähigkeit. Sie schaffen neue Arbeit einzig und allein dank ihres schnellen Strukturwandels von der Industrie- zur Wissens- und Dienstleistungsgesell-

schaft. Denn neue Arbeit entsteht in diesen Ländern vor allem in Sektoren, die nicht dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt sind: bei Medien und Unterhaltung, in der Telekommunikation, im Freizeitsektor, im Gesundheitswesen, in Hotellerie und Tourismus. Kurz: im mittelständischen Gewerbe und bei Dienstleistungsunternehmen, die nicht im globalen Wettbewerb stehen. Und außerdem entsteht neue Arbeit in der Hochtechnologie. Aber auch hier konkurriert Europa nicht mit Niedriglohnländern!

Natürlich spielen globale Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitskosten eine Rolle beim Entstehen neuer Beschäftigung. Aber Europas Massenarbeitslosigkeit gründet nicht in fehlender Wettbewerbsfähigkeit seiner Unternehmen, sondern vor allem in mangelnder Flexibilität.

Diesbezüglich müssen wir allerdings zwei gegenläufige Entwicklungen zur Kenntnis nehmen:

Einmal ist der Grad wirtschaftlicher Flexibilität, speziell der Arbeitsmarktflexibilität, der notwendig ist, um hohe Beschäftigung zu generieren, während der letzten Jahrzehnte stark gewachsen als Folge des erwähnten weltweit beschleunigten Strukturwandels.

Im Gegensatz dazu und zum Notwendigen war die Arbeitsmarktpolitik im Modell Europa darauf ausgerichtet, die Arbeitsmarktflexibilität immer weiter einzuschränken.

Das Ergebnis für Europa kann also nur sein: verlangsamer Strukturwandel, geringeres Wachstum und damit weniger Arbeitsplätze, also Massenarbeitslosigkeit!

Was wir stattdessen aber brauchen, ist: beschleunigter Strukturwandel, damit stärkeres Wirtschaftswachstum und als Folge von beidem höhere Beschäftigung.

In diesem Zusammenhang sind drei Entwicklungen zu beachten:

Der technologische Wandel, speziell in der Informatik, ermöglicht nie gekannte Produktionssteigerungen. Das bedeutet zunächst weniger Beschäftigung für gleiche Leistung. Die gute Nachricht lautet, dass wir dadurch wohlhabender werden.

Die Herausforderung aber heißt, hohe Produktivität und gleichzeitig Vollbeschäftigung zu erreichen. Dazu müssen wir aber das Tempo bei Innovation, Strukturwandel und Wachstum erhöhen. Dies wiederum setzt ein Mehr an Flexibilität und Änderungsbereitschaft voraus, vor allem am Arbeitsmarkt.

Zum Zweiten: Der Strukturwandel führt zu einer grundlegenden Verschiebung der Branchenstrukturen. Wir wissen: In der Industrie ist das verfügbare Arbeitsvolumen rückläufig, im privaten Dienstleistungssektor wächst es.

Für Deutschland heißt dies in Zahlen: Seit 1960 haben sich die bezahlten Arbeitsstunden in der Industrie um 44 Prozent verringert. Die Arbeitsplätze sind um 23 Prozent gesunken. Im privaten Dienstleistungssektor ist das Arbeitsvolumen um 104 Prozent gewachsen, die Zahl der Beschäftigten sogar um 183 Prozent. Im Saldo aber steigt in Europa die Arbeitslosigkeit. Denn der Strukturwandel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft erfolgt zu langsam.

Als Drittes müssen wir uns auf neue Arbeitsinhalte und Arbeitszeiten einstellen. Dies gilt zwar auch für die Industrie. Dies gilt aber vor allem für die neuen Dienstleistungsjobs, von denen die Mehrzahl ja hoch bezahlt ist. Aber Dienstleistungen werden in der Regel eben dann und dort produziert, wann und wo sie gekauft werden. Und jeder von uns hat eben zu unterschiedlichen Zeiten Lust, ins Restaurant zu gehen, oder die Last, krank zu werden. D.h., die Nachfrage nach neuer Qualifikation und nach flexiblen Arbeitszeiten, Teilzeitarbeit, Arbeitsverhältnissen auf Zeit, und zwar rund um die Uhr, wird steigen.

Damit stellt sich wieder die Frage nach der Flexibilität. Sie ist die wirkliche – in Europa fehlende – Bedingung für Wachstum und Beschäftigung.

Dann sind es die starken Kräfte des säkularen Strukturwandels, die mehr Beschäftigung generieren, dafür aber auch ein Mehr an Flexibilität, vor allem auf den Arbeitsmärkten, einfordern.

Oder anders gewendet: Es sind die Inflexibilitäten, vor allem auf den europäischen Arbeitsmärkten, und nicht ein Mangel an Wettbewerbsfähigkeit der

europäischen Wirtschaft, die die unerträgliche Massenarbeitslosigkeit in Europa erklären.

2. Hohe strukturelle Staatsdefizite und leere öffentliche Kassen
Kommen wir zum zweiten Krisensymptom des Modells Europa: den strukturellen Haushaltsdefiziten.

Präsident Clinton strebt für dieses Jahr in den USA ein ausgeglichenes Budget und für nächstes Jahr sogar einen Haushaltsüberschuss an – und dies bei niedrigeren Steuersätzen als in Europa!

In Europa dagegen wachsen die öffentlichen Ausgaben offensichtlich stärker als der Wille des Bürgers, über Steuern und Abgaben zu deren Finanzierung beizutragen.

Unsere offiziellen Haushaltsdefizite in Europa bewegen sich alle in der Nähe des Maastricht-Kriteriums von knapp unter drei Prozent pro Jahr an zusätzlicher Verschuldung. Dazu kommen dann aber noch beliebig viele Nebenhaushalte und die nicht ausgewiesenen zukünftigen Belastungen der öffentlichen Renten- und Pensionskassen.

In der Tat leisten wir uns in Europa Staatsquoten von knapp 50 Prozent des BIP wie in Deutschland oder sogar darüber wie in Frankreich und Italien. Die USA dagegen kommen mit weniger als 33 Prozent und die Japaner mit weniger als 36 Prozent aus. Dabei dient der größte Teil dieser Staatsquoten in Europa der Finanzierung von Sozialtransfers. In Deutschland allein machen sie heute mehr als ein Drittel (34,4 Prozent des BIP) unserer Wirtschaftsleistung aus, bei wachsender Tendenz. 1960 lag die Sozialquote noch bei 26 Prozent, die Staatsquote insgesamt bei 34 Prozent.

Nicht wenige europäische Staaten, wie Italien und Belgien, sind mit dem 1,2fachen ihres Bruttosozialproduktes verschuldet. Aber auch Deutschland und Frankreich tragen jeweils eine Schuldenlast von 60 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung.

Der Staat hat also die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit in allen europäischen Ländern längst überschritten. Der Beweis dafür ist der Zwang des Staates, sich ständig neu zu verschulden. Damit bestraft er kommende Generationen mit Konsum- und Investitionsverzicht. Dies ist weder im Sinne der intragenerationalen Gerechtigkeit noch im Sinne nachhaltigen Wirtschaftens hinnehmbar.

Die Staatskassen sind auch deshalb leer, weil die Bürger nicht mehr bereit sind, die exzessiv hohen Steuer- und Abgabelasten zu tragen.

Dies beweist – am oberen Ende der Einkommenspyramide – die trotz drakonischer Strafandrohungen wachsende Kapitalflucht aus allen Hochsteuermächtern Europas.

Dies beweist aber ebenso – am unteren Ende der Einkommenspyramide – die wachsende Bedeutung der Schattenwirtschaft. Ihr Anteil am Bruttosozialprodukt in Deutschland bewegt sich derzeit bei 15 bis 16 Prozent, also in einer Größenordnung von etwa 600 Milliarden DM jährlich. Damit arbeiten in der Schattenwirtschaft sechs bis zwölf Millionen Menschen zwar wertschöpfend, aber außerhalb der Legalität.

Beide Phänomene – Kapitalflucht auf der einen Seite und Flucht in die Schattenwirtschaft auf der anderen – zeigen aber, wie dramatisch die zerstörerischen Konsequenzen ungezügelter Staatsaktivitäten für die Gesellschaft als Ganzes sind: Sie verliert ihren inneren Zusammenhalt:

- Die Wirtschaft geht ihren eigenen Weg, indem sie restrukturiert und globalisiert.

- Der Bürger geht ebenfalls seinen Weg, indem er sich dem Staat verweigert und in die Schattenwirtschaft flüchtet.

Ein Staat aber, der den Zusammenhalt der Gesellschaft und damit die Kohärenz des gemeinschaftlichen Wertesystems nicht gewährleisten kann, versagt vor seinem Volk. Dies ist heute leider weitgehend Realität im Modell Europa.

D. Reformen für ein zukunftsfähiges Modell Europa

Was ist also zu tun, um das Modell Europa angesichts unerträglicher Mas-

senarbeitslosigkeit und struktureller Staats- und Sozialdefizite wieder zukunftsfähig zu machen?

Die vorgetragene Analyse der Krisensymptome weist die einzuschlagenden Reformwege:

- Die Wiedergewinnung der Flexibilität sowie der marktgetriebenen Anpassungsfähigkeit und -willigkeit unserer Wirtschaft, vor allem auf den Arbeitsmärkten.

- Die Konzentration öffentlicher Aktivitäten auf die Kernaufgaben des Staates.

Als Beispiele mögen diejenigen Nachbarstaaten dienen, die – unter Beibehaltung der Grundwerte des Modells Europa – sich bereits erfolgreich reformiert haben: Irland und Dänemark, Holland und Portugal, Schweden und Spanien. Ein Blick nach Großbritannien und in die USA und damit auf das erfolgreiche „Angelsächsische Modell“ kann dabei nicht schaden.

1. Wiedergewinnung von Flexibilität und Fähigkeit zum innovativen Strukturwandel

Die Reform des Modells Europa muss also als Erstes auf die Wiedergewinnung der den Marktkräften inhärenten, aber verloren gegangenen Flexibilität von Gesellschaft und Wirtschaft setzen. Es gilt, die innovative Anpassungsgeschwindigkeit an Veränderungen von Märkten, Technologien und Wettbewerb zu erhöhen.

Dazu ist dreierlei erforderlich:

Erstens, die Deregulierung und die Liberalisierung von heute noch stark regulierten Märkten. Dies schließt den Rückzug des Staates aus wirtschaftlichen Tätigkeiten ein. Betroffen davon sind in erster Linie diejenigen Dienstleistungs- und Infrastruktursektoren, die sich in staatlichem Eigentum befinden oder staatlicher Regulierung unterliegen.

Dies gilt für Branchen wie Kommunikation und Medien, Mobilität und Verkehrswege, Freizeit und Unterhaltung, Ver- und Entsorgung, Gesundheit und Ausbildung. All diesen Aktivitäten ist gemeinsam: Sie gehören zum stark wachsenden und beschäftigungsintensiven Wissens- und Dienstleistungssektor. Ihnen gehört die Zukunft für Wachstum wie für Beschäftigung. Aber unter einer Voraussetzung: Die freie Entfaltung unternehmerischer Kräfte muss möglich sein. Das Ergebnis wären Innovation, Wachstum und ein Quantensprung an zusätzlichen Arbeitsplätzen.

Dabei kann der Staat die Regeln setzen, die für die Versorgung seiner Bürger gelten sollen – ähnlich wie im Markt der Telekommunikation, wo seit der Liberalisierung des Marktes mehr als 140 000 zusätzliche Arbeitsplätze netto allein in Deutschland entstanden sind.

Zweitens, das Zulassen – nicht die öffentliche Förderung – von Innovation und Strukturwandel. Dies setzt vor allem voraus, dass Subventionen für nicht mehr wettbewerbsfähige Wirtschaftszweige und für steuerzahlende Bürger rasch gegen Null gefahren werden. Dies setzt weiterhin voraus, dass es wirtschaftlich, d.h. konkret steuerlich, attraktiv und gesellschaftlich anerkannt wird, selbstständiger Unternehmer zu werden. Dies erfordert weiterhin freie Märkte für Know-how, Kapital und Leistungen. Last but not least gehört dazu ein differenziertes und für alle offenes Qualifizierungssystem, das Eliten zulässt und unsere wertvollste Ressource, alle Menschen, ermutigt und in die Lage versetzt, sich zu bilden und sich zu engagieren.

Das dritte und wesentliche Element zur Wiedergewinnung marktinhärenter Flexibilität wäre schließlich die Deregulierung der Arbeits- und Tarifmärkte wie des Arbeits- und Tarifrechts. Die Wiedergewinnung der Flexibilität auf den Arbeitsmärkten ist der entscheidende Schritt für die Beschleunigung des Strukturwandels zur Wissen-, Informations- und Dienstleistungsgesellschaft. Erst dadurch wird die nachhaltige Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit möglich.

Flankierend ist von Unternehmern und Staat eine Reform der Aus- und Weiterbildung gefordert. Vor allem lebenslanges Lernen darf nicht nur ein Schlagwort bleiben. Lebenslanges Lernen ist die Voraussetzung für Beschäftigungsfähigkeit. Und diese ist gesellschaftliche Bedingung für flexible

Arbeitsmärkte.

Flexibilität am Arbeitsmarkt beinhaltet aber auch zwei durchaus problematische Aspekte. Sie müssen offen angesprochen und gelöst werden:

Das eine ist die notwendige Flexibilität für die Restrukturierung von Unternehmen.

Das andere ist die Flexibilität bei den Arbeitseinkommen nach oben wie nach unten.

Zum ersten: Restrukturierungen und damit die Notwendigkeit, sich von Mitarbeitern zu trennen, sind eine normale Erscheinung im Wirtschaftsleben. Alle Unternehmer wissen das.

Also werden sie bei günstigen Marktbedingungen nur dann rasch mehr Arbeitsplätze schaffen, wenn es ihnen flexible Arbeitsmärkte und ein flexibles Arbeitsrecht auch ermöglichen, in schlechten Zeiten sich von diesen Mitarbeitern ohne existenzgefährdende Kostenbelastung wieder zu trennen. Ist dies nicht der Fall, so wird jeder Unternehmer versuchen, zunächst alle Möglichkeiten der Rationalisierung und des Ersatzes von Arbeit durch Kapital auszuschöpfen, bevor er auch nur einen zusätzlichen Arbeitsplatz schafft. Zwischen Flexibilität am Arbeitsmarkt und Höhe der Beschäftigung besteht daher auch ein eindeutig positiver Zusammenhang.

Zum Zweiten zur Flexibilität der Arbeitseinkommen. Damit spreche ich natürlich ein Kernproblem des Modells Europa an. Dieses ist auf möglichst gleichmäßige Einkommens- und Vermögensverteilung ausgerichtet, und es kennt keine Anpassung der Arbeitseinkommen nach unten. Die Realität der Wirtschaft ist jedoch eine andere.

Zum einen wird eine Wirtschaft von hoher Wachstums- und Beschäftigungsdynamik auch eine zunehmende Ungleichheit in der Einkommensverteilung mit sich bringen und sie voraussetzen. Je mehr eine Gesellschaft diese Einkommensdisparitäten zulässt, umso schneller wird ihre Wirtschaft den Strukturwandel vorantreiben und damit wachsen und Beschäftigung schaffen. Es wird die Aufgabe einer klugen Steuerpolitik sein,

- einerseits den materiellen Anreiz für innovative und unternehmerische Tätigkeiten zu bieten und
- andererseits den Wertvorstellungen unserer Gesellschaft nach Beteiligungsgerechtigkeit Rechnung zu tragen.

Die vorgenannte Problematik betrifft einmal die Bezieher von Spitzeneinkommen, deren Innovationsfähigkeit die Grundlage für Wachstum und Beschäftigung bildet.

Zum anderen darf aber auch die Problematik am unteren Ende der Einkommensskala nicht übersehen werden: Der globale Wettbewerb von Niedriglohnländern ebenso wie der technologische Fortschritt tendieren dazu, die Einkommen relativ schlecht ausgebildeter und wenig produktiver Arbeiter weiter nach unten zu drücken.

Trotzdem ist es gesellschaftlich notwendig und sinnvoll, diesen Menschen Beschäftigung zu verschaffen, statt sie nur finanziell zu unterstützen. Denn nur wenn Menschen arbeiten, erhalten sie die Chance, in ihr Humankapital zu investieren. Und nur so können sie sich als aktive Teilnehmer am Arbeitsgeschehen für die Arbeit fit halten. Dies ist letztlich die Voraussetzung für dauerhafte Beschäftigung und wachsende Einkommen.

Beide Phänomene, wachsende Einkommensdisparitäten und ein Niedriglohnsektor, stellen natürlich das traditionelle Modell Europa vor eine schwierige Entscheidung:

Können wir eine wachsende Ungleichheit der Einkommensverteilung akzeptieren und dafür höhere Beschäftigung erreichen, wie z.B. in den USA?

Oder wollen wir weiterhin die Einkommensdifferenziale begrenzen durch hohe Mindestlöhne und hohe Besteuerung, aber dafür eine höhere Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen?

Denn Arbeitslosigkeit bedeutet zusätzlich zu allen anderen Problemen eine Spaltung der Gesellschaft in Arbeitsplatzbesitzer und arbeitslose Außenseiter. Dieser Umstand steht in krassem Gegensatz zu unserem europäischen Wertesystem einer „inclusive society“.

Nach meiner Ansicht kann das Modell Europa beiden Herausforderungen

durchaus im Rahmen seiner Werteordnung mit einer neuen Politik erfolgreich begegnen, d.h.:

Am oberen Ende der Pyramide brauchen wir weniger Eingriffe in die Einkommensverteilung als heute praktiziert.

Dagegen müssen wir den Niedriglohnsektor, der zweifellos ein hohes Beschäftigungspotenzial besitzt, stützen durch zusätzliche Transfereinkommen und innovative Qualifizierungssysteme.

Mit dieser „neuen Politik“ machen wir das „Modell Europa“ fit für wirtschaftlichen Wandel und Strukturveränderungen als Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung. Gleichzeitig schaffen wir den Umfang an Beteiligungsgerechtigkeit für alle, wie dies unserem Wertesystem entspricht.

2. Fokussierung des Staates auf seine Kernaufgaben – mehr Markt, weniger Staat!

Das Thema „Transfereinkommen für Niedriglohnbezieher“ bringt uns unmittelbar zur zweiten Aufgabe bei der Reform des Modells Europa: Es geht um die Beseitigung der strukturellen Defizite des Staates.

Schon die Verknüpfung dieser beiden Themen zeigt, dass im „Modell Europa“ kein Platz ist für den reinen „Nachtwächterstaat“ des Laissez-faire. Trotzdem ist eine tief greifende Reform der Staatsaufgaben Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit des Modells Europa.

Die Rolle des Staates in Zukunft ist wieder am Original unseres „Europäischen Modells“ auszurichten, nicht an dessen Pervertierung zum Wohlfahrtsstaat, die wir heute erleben.

Im Einzelnen heißt dies: Der Staat muss sich auf drei Kernaufgaben fokussieren.

Der Staat muss sich auf seine hoheitlichen Aufgaben konzentrieren. Er muss die innere und äußere Sicherheit seiner Bürger gewährleisten, den rechtsstaatlichen Rahmen garantieren, seinen Haushalt in Einnahmen und Ausgaben in Ordnung halten sowie für eine angemessene Versorgung seiner Bürger mit Infrastruktur-Gütern und -Diensten Sorge tragen. Das heißt aber nicht, dass er diese Leistungen selbst erbringen muss.

Der Staat muss die Spielregeln, die Rahmenbedingungen für erfolgreiches Wirtschaften – also für maximalen Wohlstand und höchstmögliche Beschäftigung – setzen. Und er muss über die Einhaltung dieser Spielregeln wachen. Er selbst soll allerdings nicht Mitspieler im Markt sein.

Als Kernfunktion gerade im Modell Europa obliegt dem Staat auch eine wesentliche soziale Ausgleichsfunktion. Diese beinhaltet zweierlei:

- Einmal die Sorge für die soziale Sicherheit derjenigen Bürger, deren Fähigkeit, Eigenverantwortung für sich und andere zu übernehmen, nicht ausreicht, und

- zum anderen das Setzen von Rahmenbedingungen dafür, dass sozialer Ausgleich und gesellschaftlicher Konsens möglich bleiben.

Dies schließt die Verantwortung für soziale Sicherungssysteme ebenso ein wie für Einkommenstransfers – allerdings nicht eine Pervertierung des Wohlfahrtsstaates für alles und jeden. Maßstab ist wohlverstandene, die Verantwortung des Einzelnen für sich und andere betonende Subsidiarität.

Ein solches Staatsverständnis ist weit entfernt von dem des Nachtwächterstaates. Im Gegenteil: Der Staat übernimmt auch die Verantwortung für den Erhalt des gesellschaftlichen Wertesystems.

Um diese Kernaufgaben nachhaltig wahrnehmen zu können, muss der Staat sich befreien: von wirtschaftlichen Aktivitäten durch Privatisierung. Europäische Staaten sollten in Zukunft weder Bahnen noch Fluggesellschaften, noch Immobiliengeschäfte betreiben, sie sollten weder Strom herstellen noch Gas und Wasser verteilen. Auch die Telekommunikation und der Wetterdienst lassen sich privat effektiver und effizienter erledigen. Selbst Gesundheitsvorsorge und Ausbildung müssen nicht zu 100 Prozent öffentlich erbracht werden. Wichtig ist allerdings, dass der Staat über ein geeignetes Regelwerk jedem Bürger ohne Diskriminierung den Zugang zu diesen Infrastrukturdiensten ermöglicht.

Im Bereich der sozialen Sicherungssysteme muss der Staat sich auf drei

Kernaufgaben beschränken:

Seine Bürger gegen elementare Lebensrisiken schützen und den Bedürftigen die Rückkehr in den Arbeitsmarkt und in die Eigenverantwortung ermöglichen. Denjenigen, die dies nicht schaffen können, muss der Staat ein menschenwürdiges Existenzminimum bereitstellen.

Aber auch und gerade im Bereich des Risikoschutzes sollte privaten Versicherungsmodellen viel mehr Spielraum eingeräumt werden. Der Staat muss nur sicherstellen, dass die Bürger die notwendige Vorsorge treffen und dass sie ihnen sicher ist.

Der Staat in Europa muss und kann sich von einer Vielzahl der Aufgaben, die er seit 1948 akkumuliert hat, lösen. Nur so gewinnt er die Freiheit, sich auf seine zentralen Aufgaben zu konzentrieren. Und diese werden – im Gegensatz zur landläufigen Meinung – gerade im Zeitalter der Globalisierung immer wichtiger.

Denn im globalen Kontext gewinnt der Nationalstaat eher mehr als weniger politisches Gewicht für seine Bürger. Er garantiert das Wertesystem und die Wahrung der materiellen und immateriellen Interessen seiner Bürger. Und er sorgt für deren gesellschaftlichen Zusammenhalt nach innen wie deren Integration in überstaatliche Verbände nach außen.

Beschränkt der Staat sich in diesem Sinne auf seine Kernaufgaben, dann gewinnt er auch die Freiräume, die notwendig sind, um zwei weitere zentrale Reformen im Modell Europa durchzusetzen,

- nämlich eine den Bürger substanziell entlastende, Transparenz schaffende Steuerreform mit niedrigen und gerechten Steuersätzen, wie sie eine Staatsquote von unter 40 Prozent erfordert, und
- die Reform der sozialen Sicherungssysteme mit dem Ziel, deren Zukunftsfähigkeit, Nachhaltigkeit, Finanzierbarkeit und intragenerationale Gerechtigkeit zu gewährleisten.

Tut er all dies, dann wird der Staat wieder jene Leistungsfähigkeit zurück-erlangen, die die Bürger von ihm fordern. Im Gegenzug erhalten die Bürger wieder jene Freiheiten, Entfaltungsmöglichkeiten und Verantwortungen zurück, die ihnen das Leben in einer freien Gesellschaft im Modell Europa lebenswert machen.

E. Zusammenfassung.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Das Modell Europa ist eine der erfolgreichsten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Innovationen des 20. Jahrhunderts. Ihm gelang es, die scheinbaren Gegensätze von Markt und Solidarität im Sinne der Bürger zu einem konsensfähigen Ausgleich zu führen.

Ausufernde staatliche Aktivitäten und Regulierungen sowie ein überbordender Wohlfahrtsstaat haben das Modell Europa in die Krise geführt. Zu ihren Merkmalen wurden

- Massenarbeitslosigkeit und
- strukturelle Staatsdefizite.

Aber es lohnt und es ist möglich, das Modell Europa durch radikale Reformen wieder zukunftsfähig zu machen. Nötig sind

- einmal die Wiedergewinnung von Flexibilität, von Anpassungsfähigkeit und -willigkeit in Wirtschaft und Gesellschaft, vor allem auf den Arbeitsmärkten, um wieder Anschluss an den globalen Strukturwandel zu gewinnen,
- zum anderen die Rückführung des Staates auf seine Kernaufgaben, wozu natürlich auch seine soziale Ausgleichsfunktion gehört.

Dies ist zu schaffen. Der Weg ist klar. Die Anstrengung lohnt. Packen wir es an!

